

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 36/15-19) des Beirates Woltmershausen
am Montag, den 29.01.2018,

im Gemeinderaum der Evangelischen Freikirche, Woltmershauser Straße 298, 28197 Bremen

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Anwesend:

Karin Bohle-Lawrenz

Marita Dilly

Mazlum Koc

Anja Leibing

Hermann Lühning

Holger Meier

Thomas Plönnigs

Nina Schaaardt

Anja Schiemann

Waldemar Seidler

Heidelinde Topf

Edith Wangenheim

Weiter anwesend: Fr. Kral (Senatskanzlei/SK, zu Top 4+5); Vertreter_innen der Presse und interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Simon Ott-Oghide (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Top 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Eine Vertreterin der SPD beantragt die Erweiterung der Tagesordnung zur Befassung eines Antrags zur Personalverstärkung im Ortsamt Neustadt/Woltmershausen (Anlage 1).

Der Erweiterung wird bei 5 Ja- mit 7 Nein-Stimmen abgelehnt und der Antrag auf eine folgende Sitzung vertagt.

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Top 2 – Beschlussfassung über Redezeitbegrenzung

Zur besseren Strukturierung der Beiratssitzungen wird fraktionsübergreifend vorgeschlagen, die Redezeit für Beiträge von Beiratsmitgliedern und aus dem Publikum bis auf Weiteres auf 3 Minuten zu begrenzen.

Beschluss: Der Beirat Woltmershausen beschließt für Beiratssitzungen eine Redezeitbegrenzung von maximal 3 Minuten für Wortbeiträge aus dem Publikum und aus dem Beirat. (12 Ja-Stimmen)

Top 3 – Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

a) Bürger_innenanträge, Fragen und Wünsche

Auf die Frage nach den Arbeiten am Neustadtsbahnhof wird mitgeteilt, dass die Umgestaltung der öffentlichen Grünanlagen sehr weit fortgeschritten sei, die übrigen Bereiche würden in Kürze folgen. Das Gebäude werde von den privaten Eigentümer umgebaut, dazu liegen dem Ortsamt keine weiteren Informationen vor.

Ein Bürger erinnert an den Wunsch nach Halteverboten, mit denen dem Zuparken der Straße Auf dem Bohnenkamp (zwischen Hempenweg und Dötlinger Straße) entgegengewirkt werden sollte. Es wird berichtet, dass das ASV dem Beiratsbeschluss bisher nicht folgen wolle, der Beirat aber bereits um erneute Überprüfung gebeten habe. Dazu werde weiter berichtet.

In diesem Zusammenhang wird aus dem Beirat vorgeschlagen, dass die Gemeinde St. Benedikt aufgefordert werden solle, ihre Besucher_innen auf die Parkplätze der benachbarten Einkaufszentren umzuleiten.

Im Hempenweg sind Verkehrszeichen durch LKWs angefahren worden und stehen schief.

Das Ortsamt wird um Weitergabe an die zuständigen Stellen zwecks Abhilfe gebeten.

Eine Bürgerin fragt nach, ob Wortmeldungen von Bürgern, die nicht in Woltmershausen wohnen, geduldet werden müssen, und verweist auf häufigere Störungen durch einen Besucher aus einem anderen Stadtteil. Dazu wird auf das Hausrecht der Sitzungsleitung hingewiesen und die Möglichkeit, über die Geschäftsordnung weitere Regelungen zu treffen.

In diesem Zusammenhang weist ein Vertreter der CDU darauf hin, dass der Facebook-Account „Die CDU Woltmershausen“ nicht von seiner Partei autorisiert sei, sondern von dem erwähnten Bürger betrieben werde.

Ein Bürger erkundigt sich nach dem Sachstand der Verkehrsregelungsmaßnahmen zur Vermeidung von LKW-Verkehren im Stadtteil (u.a. Auf dem Bohnenkamp).

Die Beiratssprecherin regt an, das Thema erneut im FA Bau aufzugreifen und dabei zugleich die Anlieferverkehre (Rangiermanöver) in der Dötlinger Straße unter Einladung von Aldi und REWE zu thematisieren.

b) Bericht der Beiratssprecherin ./.

c) Berichte des Amtes

Aufgrund einer Anregung aus dem Beirat (Bürgeranliegen vom 16.01.2017) ist der Fußweg am Anfang des Westerdeichs (Steigungsstrecke) mittlerweile in den Winter-Streukatalog aufgenommen worden.

Hinweis auf neue Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (Falscher Polizeibeamter am Telefon).

Top 4 – Stellungnahme der Senatskanzlei zum Beiratsbeschluss „Eigenes Ortsamt für Woltmershausen“

Die Vertreterin der Senatskanzlei stellt sich als neue Ansprechpartnerin für die Ortsämter und Beiräte vor.

Sie erläutert, dass dem Wunsch nach einem eigenen Ortsamt aus finanziellen Gründen nicht entsprochen werden könne. Würde man die nach dem Beiratsbeschluss gewünschte Ausstattung zugrunde legen, wäre stadtwweit insgesamt eine Vervielfachung der Ressourcen erforderlich – dies sei angesichts der bremischen Haushaltslage und den Anforderungen v.a. im Kita- und Bildungsbereich in absehbarer Zeit nicht realisierbar.

Gleichwohl habe sie Verständnis für den Wunsch und ihr sei die hohe Arbeitsbelastung im Ortsamt bekannt. Die SK sei im Rahmen ihrer Möglichkeiten gerne bereit, das Ortsamt zu unterstützen.

Aus dem Beirat wird darauf hingewiesen, dass mit dem neuen Ortsbeirätegesetz weitere Aufgaben auf die Ortsämter zugekommen seien, ohne dass es dafür bisher mehr personelle Ressourcen gebe.

Einige Beiratsmitglieder bemängeln die schlechte Erreichbarkeit des jetzigen Ortsamtes in der Neustadt. Es sei mindestens eine Bürgersprechstunde in Woltmershausen nötig.

Dazu erklärt die Vorsitzende, dass nach ihrem Eindruck der Bedarf dafür eher gering sei, auch aus der Neustadt seien persönliche Termine im Ortsamt die Ausnahme. Es gebe aber jederzeit die Möglichkeit, telefonisch oder per Mail Kontakt zum Ortsamt aufzunehmen, was auch wahrgenommen werde.

Die Beiratsmitglieder nehmen die Ausführungen der SK zur Kenntnis und behalten sich weitere Beschlüsse vor.

Top 5 – Beiratsstellungnahme zu den geplanten Änderungen des Ortsbeirätegesetzes (Entwurf der Senatskanzlei, Stand: 30.08.2017)

Grundlage der Befassung sind die von der Senatskanzlei zusammengestellten Änderungsvorschläge (Anlage 2). Anknüpfend an die Diskussion zum vorangegangenen Top fordert ein Vertreter der CDU die Aufnahme eines eigenen Ortsamtes für Woltmershausen in das Ortsgesetz unter Abschnitt 7, §27 Ortsämter.

Darüber hinaus erkundigt sich ein Bürger nach den in §7 Abs. 3 (neu) gemachten Einschränkungen zur Kontaktaufnahme zwischen Beiratsmitgliedern und Bürgerantragstellenden.

Dies begründet die Vertreterin der SK mit datenschutzrechtlichen Regelungen; mehrere Beiratsmitglieder melden dazu weiteren Prüfungsbedarf an.

Der Vertreter der Linken reicht ein Papier mit mehreren Änderungsvorschlägen ein (Anlage 3). Zugleich bittet er um Verständnis, dass er dies erst so spät vorlege: er werde derzeit bedroht und könne seine Beiratsarbeit daher nur schwer wahrnehmen. Die übrigen Beiratsmitglieder äußern ihre Betroffenheit und bitten um Hinweise, wie sie ihn ggfls. unterstützen können.

Die Beiratsmitglieder beantragen bei der Vertreterin der SK eine weitere Fristverlängerung zur Stellungnahme, um in einer zusätzlichen Beiratssitzung am 19.02.2018 (statt öffentlicher Sitzung des FA Bau) entsprechend beschließen zu können. Die Vertreterin der SK stimmt der Fristverlängerung zu.

Die weitere Befassung mit den geplanten Änderungen des BeirOG wird auf den 19.02.2018 vertagt .
(12 Ja-Stimmen)

Top 6 – Genehmigung der Sitzungsprotokolle vom 23.10., 20.11. und 18.12.2017 (Nrn. 33-35)

Beschluss: Die vorliegenden Protokollentwürfe werden genehmigt. (12 Ja-Stimmen)

Top 7 – Verschiedenes

Der Weg zum Deich am Goldenstedter Weg ist auf einer Seite zugewachsen.